

# Inhaltsübersicht

Vorwort . . . . .	VII
Inhaltsverzeichnis . . . . .	XIII
Abkürzungsverzeichnis . . . . .	XXVII
 Teil 1: Einleitung . . . . .	 1
§ 1 Einführung . . . . .	1
A. Öffentlichkeitsbeteiligung zwischen Beschleunigung, Akzeptanz und Digitalisierung . . . . .	1
B. Untersuchungsgegenstand . . . . .	2
C. Einordnung der Untersuchung in den Stand der Forschung . . . . .	3
D. Methodik . . . . .	5
E. Gang der Untersuchung . . . . .	6
 Teil 2: Öffentlichkeitsbeteiligung im Planfeststellungsverfahren . . . . .	 9
§ 2 Grundlagen und Ablauf der formellen Öffentlichkeitsbeteiligung . . . . .	10
A. Das Planfeststellungsverfahren als mehrpoliges Konfliktlösungsverfahren . . . . .	10
B. Planfeststellung im mehrstufigen Gesamtgefüge der Infrastrukturplanung . . . . .	12
C. Grundlagen des Planfeststellungsverfahrens . . . . .	14
D. Überblick über die Verfahrensschritte . . . . .	23
E. Verfahrensfehler . . . . .	40
§ 3 Verfahrensfunktionen und Verfahrensanforderungen der Öffentlichkeitsbeteiligung . . . . .	44
A. Spezifische Bedeutung von Verfahrensregelungen im Planfeststellungsverfahren . . . . .	45
B. Richtigkeitsgewährleistungs- und Informationstransferfunktion . . . . .	52
C. Rechtsschutzfunktion . . . . .	55
D. Akzeptanzfunktion . . . . .	60
E. Legitimationsfunktion . . . . .	63

<i>§ 4 Ziele digitaler Öffentlichkeitsbeteiligung</i> . . . . .	66
A. Allgemeine Zielsetzungen der Verwaltungsdigitalisierung . . . . .	67
B. Bürger*innenfreundlichere Verwaltung . . . . .	77
C. Effektivität der Aufgabenerfüllung . . . . .	82
D. Effizienz der Aufgabenerfüllung . . . . .	85
E. Fazit: Ziele und Zielkonflikte digitaler Öffentlichkeitsbeteiligung . . .	93
 Teil 3: Rechtlicher Rahmen der Digitalisierung von Öffentlichkeitsbeteiligung . . . . .	 97
<i>§ 5 Zulässigkeit rein digitaler Verfahrensgestaltungen („Digital Only“) in der Öffentlichkeitsbeteiligung</i> . . . . .	 97
A. Phänomen Digitale Spaltung („Digital Divide“) . . . . .	98
B. Rechtliche Beurteilung von rein digitalen Zugangswegen . . . . .	99
C. Fazit: Anforderungen an Zugangswege zur Verwaltung aus höherrangigem Recht . . . . .	129
<i>§ 6 Föderale Kompetenzordnung als Herausforderung für die Digitalisierung von Öffentlichkeitsbeteiligung</i> . . . . .	 131
A. Zuständigkeits- und Kompetenzordnung unter dem Transformationsdruck der Digitalisierung . . . . .	132
B. Regelungsmöglichkeiten des Bundes zur Einwirkung auf die digitale Verfahrensgestaltung . . . . .	134
C. Erkennbarkeit von Entscheidungsverantwortung in elektronischen Portalen . . . . .	152
D. Fazit: Regelungsoptionen des Bundesgesetzgebers im Zusammenhang mit digitaler Öffentlichkeitsbeteiligung . . . . .	154
<i>§ 7 Ausgewählte datenschutzrechtliche Anforderungen</i> . . . . .	156
A. Öffentlichkeitsbeteiligung als Verarbeitung personenbezogener Daten	158
B. Rechtmäßigkeitsvoraussetzungen der Datenverarbeitung . . . . .	160
 Teil 4: Eingang digitaler Formate in die Infrastrukturplanungsverfahren . . . . .	 165
<i>§ 8 Digitalisierungsgesetzgebung vor der COVID-19-Pandemie</i> . . . . .	165
A. Reformen der Öffentlichkeitsbeteiligung und die dortige Rolle digitaler Elemente . . . . .	165
B. Onlinezugangsgesetz und E-Government-Gesetz . . . . .	168

<i>Inhaltsübersicht</i>	XI
<i>§ 9 Neue Gesetzgebungsdynamiken seit dem Jahr 2020</i> . . . . .	170
A. Planungssicherstellungsgesetz . . . . .	171
B. Digitalisierungspaket 2023 . . . . .	174
 Teil 5: Digitale Öffentlichkeitsbeteiligung de lege lata und de lege ferenda . . . . .	 179
<i>§ 10 Die Information der Öffentlichkeit über das Vorhaben</i> . . . . .	180
A. Internetbekanntmachung und -auslegung . . . . .	181
B. Implementierung von Chatbots in der Öffentlichkeitsbeteiligung . . .	220
C. Verständliche Informationsvermittlung mithilfe von digitalen Planungsmodellierungen (Visualisierungen) . . . . .	235
<i>§ 11 Einreichung der Einwendungen und Stellungnahmen</i> . . . . .	262
A. Möglichkeiten digitaler Einwendungserhebung . . . . .	263
B. Formenwahl der Bürger*innen bei der Einwendungserhebung . . . .	277
<i>§ 12 Erörterungsverfahren</i> . . . . .	285
A. Bekanntmachung des Erörterungstermins . . . . .	286
B. Der digitale Erörterungstermin . . . . .	290
C. Digitale Mitverfolgungsmöglichkeiten des Erörterungsverfahrens . .	314
<i>§ 13 Realisierungsmöglichkeiten digitaler Öffentlichkeitsbeteiligung über ein einheitliches Planungsportal</i> . . . . .	357
A. Effektivierung digitaler Öffentlichkeitsbeteiligung durch eine einheitliche Portallösung . . . . .	357
B. Rechtliche Realisierungsmöglichkeiten eines einheitlichen Planungsportals . . . . .	364
C. Fazit: Perspektivische Realisierungsmöglichkeiten digitaler Öffentlichkeitsbeteiligung über ein einheitliches Planungsportal . . . .	374
 Teil 6: Schluss . . . . .	 375
<i>§ 14 Zusammenfassung und Fazit</i> . . . . .	375
A. Problemkreise digitaler Öffentlichkeitsbeteiligung . . . . .	375
B. Vorgeschlagene Gesetzesänderungen . . . . .	394
C. Fazit und Ausblick . . . . .	397
 Literaturverzeichnis . . . . .	 403
Sachverzeichnis . . . . .	429

# Inhaltsverzeichnis

Vorwort . . . . .	VII
Inhaltsübersicht . . . . .	IX
Abkürzungsverzeichnis . . . . .	XXVII

Teil 1: Einleitung . . . . .	1
------------------------------	---

§ 1 Einführung . . . . .	1
--------------------------	---

A. Öffentlichkeitsbeteiligung zwischen Beschleunigung, Akzeptanz und Digitalisierung . . . . .	1
B. Untersuchungsgegenstand . . . . .	2
C. Einordnung der Untersuchung in den Stand der Forschung . . . . .	3
D. Methodik . . . . .	5
E. Gang der Untersuchung . . . . .	6

Teil 2: Öffentlichkeitsbeteiligung im Planfeststellungsverfahren . . . . .	9
--	---

§ 2 Grundlagen und Ablauf der formellen Öffentlichkeitsbeteiligung . . . . .	10
--	----

A. Das Planfeststellungsverfahren als mehrpoliges Konfliktlösungsverfahren . . . . .	10
B. Planfeststellung im mehrstufigen Gesamtgefüge der Infrastrukturplanung . . . . .	12
C. Grundlagen des Planfeststellungsverfahrens . . . . .	14
I. Planfeststellungspflichtigkeit eines Vorhabens . . . . .	15
1. Planfeststellungsvorbehalt . . . . .	15
2. Abgrenzung zur Plangenehmigung . . . . .	16
3. Entfallen bei unwesentlicher Bedeutung . . . . .	16
II. Behördliche Zuständigkeiten: Anhörungs- und Planfeststellungsbehörden . . . . .	16
III. Materiell-rechtliche Anforderungen an den Planfeststellungsbeschluss . . . . .	18
1. Planrechtfertigung . . . . .	18
2. Zwingende Rechtsvorschriften . . . . .	19
3. Planerische Abwägung . . . . .	19

IV. Rechtswirkungen des Planfeststellungsbeschlusses . . . . .	20
1. Genehmigungswirkung . . . . .	21
2. Konzentrationswirkung . . . . .	21
3. Gestaltungswirkung . . . . .	21
4. Ausschluss- und Duldungswirkung . . . . .	22
5. Enteignungsrechtliche Vorwirkung . . . . .	22
D. Überblick über die Verfahrensschritte . . . . .	23
I. Vorgelagert: Die frühe Öffentlichkeitsbeteiligung . . . . .	24
II. Antragseinreichung . . . . .	27
III. Behördenbeteiligung . . . . .	30
IV. Planbekanntmachung und Planauslegung . . . . .	30
1. Bekanntmachung . . . . .	31
2. Auslegung . . . . .	32
V. Einwendungs- und Stellungnahmeverfahren . . . . .	33
1. Einwendungsberechtigte . . . . .	34
a) Planbetroffene . . . . .	34
b) Umwelt- und Naturschutzverbände . . . . .	35
2. Inhalt der Einwendungen . . . . .	36
3. Form und Frist der Einwendungen . . . . .	36
4. Präklusionsregelungen . . . . .	37
VI. Erörterung . . . . .	38
VII. Stellungnahme der Anhörungsbehörde und Planfeststellungsbeschluss . . . . .	39
E. Verfahrensfehler . . . . .	40
I. Heilung von Verfahrens- und Formfehlern, § 45 VwVfG . . . . .	40
II. Unbeachtlichkeit von Verfahrens- und Formfehlern, § 46 VwVfG . . . . .	41
III. Planergänzung und ergänzendes Verfahren . . . . .	43
<i>§ 3 Verfahrensfunktionen und Verfahrensanforderungen der Öffentlichkeitsbeteiligung . . . . .</i>	<i>44</i>
A. Spezifische Bedeutung von Verfahrensregelungen im Planfeststellungsverfahren . . . . .	45
I. Beschränkte materielle Determination der Planfeststellungsentscheidung . . . . .	46
II. Reduzierte gerichtliche Kontrolldichte . . . . .	48
1. Zugang zu Rechtsschutz . . . . .	48
2. Überprüfung von Verfahrensfehlern . . . . .	49
3. Beschränkung der materiellen Kontrolle . . . . .	50
III. Kompensationsfunktion des Planfeststellungsverfahrens . . . . .	51
B. Richtigkeitsgewährleistungs- und Informationstransferfunktion . . . . .	52

I. Herstellung einer recht- und zweckmäßigen Planfeststellungsentscheidung . . . . .	52
II. Transparenz und Kontrolle der Planfeststellung . . . . .	54
C. Rechtsschutzfunktion . . . . .	55
I. Grundrechtsschutz durch Verfahren . . . . .	55
II. Vorgezogener Rechtsschutz . . . . .	59
D. Akzeptanzfunktion . . . . .	60
I. Akzeptanz als Rechtsziel . . . . .	60
II. Verfahrenstransparenz und Deliberation . . . . .	62
E. Legitimationsfunktion . . . . .	63
<i>§ 4 Ziele digitaler Öffentlichkeitsbeteiligung . . . . .</i>	<i>66</i>
A. Allgemeine Zielsetzungen der Verwaltungsdigitalisierung . . . . .	67
I. Digitalisierung als Optimierungsinstrument . . . . .	67
II. Digitalisierungspflichten . . . . .	72
1. Verfassungsauftrag Verwaltungsdigitalisierung . . . . .	72
2. Pflicht zur Verwaltungsdigitalisierung aus § 1a Abs. 1 S. 1 OZG . . . . .	76
B. Bürger*innenfreundlichere Verwaltung . . . . .	77
I. Grundpfeiler bürger*innenfreundlicherer digitaler Verwaltungsangebote . . . . .	77
II. Bürger*innenfreundlichkeit im Planfeststellungsverfahren: Informationsasymmetrien und Transparenz des Entscheidungsprozesses . . . . .	79
C. Effektivität der Aufgabenerfüllung . . . . .	82
I. Effektivitätssteigerungen als Ziel der Digitalisierungsprozesse . . . . .	82
II. Effektivere Verwirklichung der Funktionen der Öffentlichkeitsbeteiligung durch Digitalisierung . . . . .	83
1. Effektivität der Rechtsschutzfunktion durch einfacheres Erfassen eigener Rechtsbetroffenheit . . . . .	83
2. Effektivität der Informationsfunktion durch Qualitätssteigerungen der Stellungnahmen und Einwendungen . . . . .	84
3. Effektivität der Akzeptanzfunktion durch Reduktion von Informationsasymmetrien . . . . .	85
D. Effizienz der Aufgabenerfüllung . . . . .	85
I. Effizientes Verwaltungshandeln als legitimes Ziel von Digitalisierungsprozessen . . . . .	86
II. Verwaltungseffizienz im Planfeststellungsverfahren: Medienbruchfreiheit des Beteiligungsverfahrens und Vermeidung von Parallelstrukturen . . . . .	90
E. Fazit: Ziele und Zielkonflikte digitaler Öffentlichkeitsbeteiligung . . . . .	93

Teil 3: Rechtlicher Rahmen der Digitalisierung von Öffentlichkeitsbeteiligung . . . . .	97
§ 5 Zulässigkeit rein digitaler Verfahrensgestaltungen („Digital Only“) in der Öffentlichkeitsbeteiligung . . . . .	97
A. Phänomen Digitale Spaltung („Digital Divide“) . . . . .	98
B. Rechtliche Beurteilung von rein digitalen Zugangswegen . . . . .	99
I. Verfassungsrecht . . . . .	100
1. Grundrecht medialer Selbstbestimmung? . . . . .	101
2. Betroffene Freiheitsrechte . . . . .	102
a) Grundrechte des Vorhabenträgers . . . . .	103
b) Grundrechte der Planungsbetroffenen . . . . .	106
aa) Bloßer Unwille zur Nutzung digitaler Kommunikationswege . . . . .	107
bb) Mangelnde Fähigkeiten zur Nutzung digitaler Informations- und Kommunikationswege . . . . .	107
c) Grundrechte der Umwelt- und Naturschutzverbände . . . . .	113
d) Grundrechte der allgemeinen Öffentlichkeit zugehörigen Personen . . . . .	114
3. Effektiver Zugang zur Verwaltung . . . . .	114
4. Allgemeiner Gleichheitssatz . . . . .	116
5. Spezielle landesverfassungsrechtliche Regelungen . . . . .	118
II. Völker- und Europarecht . . . . .	119
1. Aarhus-Konvention . . . . .	119
a) Anforderungen an die Informationswege der Verwaltung . . . . .	120
b) Anforderungen an Kommunikationswege der Öffentlichkeit . . . . .	122
2. UVP-Richtlinie 2011/92/EU . . . . .	123
a) Unklare Vorgaben hinsichtlich der Bekanntmachung nach Art. 6 Abs. 2 UVP-Richtlinie . . . . .	123
b) Vorgaben für die Auslegung und Einwendungserhebung nach Art. 6 Abs. 3, Abs. 4 UVP-Richtlinie . . . . .	128
C. Fazit: Anforderungen an Zugangswege zur Verwaltung aus höherrangigem Recht . . . . .	129
§ 6 Föderale Kompetenzordnung als Herausforderung für die Digitalisierung von Öffentlichkeitsbeteiligung . . . . .	131
A. Zuständigkeits- und Kompetenzordnung unter dem Transformationsdruck der Digitalisierung . . . . .	132
B. Regelungsmöglichkeiten des Bundes zur Einwirkung auf die digitale Verfahrensgestaltung . . . . .	134

I.	Anordnung digitaler Verfahrensformate: Kompetenzverteilung für das Verfahrensrecht nach Art. 83 ff. GG . . . . .	135
1.	Planfeststellungsverfahren, die durch Bundesbehörden in Ausführung von Bundesrecht erfolgen . . . . .	135
2.	Planfeststellungsverfahren, die durch Landesbehörden in Ausführung von Landesrecht erfolgen . . . . .	136
3.	Planfeststellungsverfahren, die durch Landesbehörden in Ausführung von Bundesrecht erfolgen . . . . .	136
a)	Verfahrensregelungen des Bundes nach Art. 84 Abs. 1 GG im Fall der Ausführung in eigener Angelegenheit . . . . .	137
aa)	Regelungsbefugnis des Bundes für Verfahrensvorgaben . . . . .	137
bb)	Abweichungsmöglichkeiten der Länder . . . . .	138
b)	Verfahrensregelungen auf Grundlage von Art. 85 GG für Auftragsverwaltungskonstellationen . . . . .	139
4.	Einfachgesetzliche Umsetzung der Kompetenzverteilung für Verfahrensrecht . . . . .	140
a)	Vorrangverhältnis des Fachplanungsrechts zum VwVfG und den LVwVfGen . . . . .	140
b)	Vorrangverhältnis zwischen dem EGovG und dem VwVfG, den LVwVfGen und dem Fachplanungsrecht . . . . .	142
c)	Verhältnis des VwVfG zu den LVwVfGen . . . . .	142
II.	Regelung der technischen Parameter der Verfahrensgestaltungen . . . . .	142
1.	Vorgaben technischer Natur über Art. 84 f. GG . . . . .	143
2.	Freiwillige Kooperationsmöglichkeiten . . . . .	144
a)	Begrenzungen allgemeiner IT-Kooperation durch den Grundsatz eigenverantwortlicher Aufgabenwahrnehmung . . . . .	144
b)	Bund-Länder-Kooperationen nach Art. 91c Abs. 1, Abs. 2 GG . . . . .	147
3.	Obligatorische IT-Vorgaben des Bundes nach Art. 91c Abs. 5 GG . . . . .	149
C.	Erkennbarkeit von Entscheidungsverantwortung in elektronischen Portalen . . . . .	152
D.	Fazit: Regelungsoptionen des Bundesgesetzgebers im Zusammenhang mit digitaler Öffentlichkeitsbeteiligung . . . . .	154
§ 7	<i>Ausgewählte datenschutzrechtliche Anforderungen</i> . . . . .	156
A.	Öffentlichkeitsbeteiligung als Verarbeitung personenbezogener Daten . . . . .	158
B.	Rechtmäßigkeitsvoraussetzungen der Datenverarbeitung . . . . .	160
I.	Zulässigkeit der Datenverarbeitung nach Art. 6 Abs. 1 UAbs. 1 DSGVO . . . . .	161
II.	Zweckbindung, Art. 5 Abs. 1 lit. b DSGVO . . . . .	163



Teil 4: Eingang digitaler Formate in die  
Infrastrukturplanungsverfahren . . . . . 165

§ 8 Digitalisierungsgesetzgebung vor der COVID-19-Pandemie . . . . . 165

A. Reformen der Öffentlichkeitsbeteiligung und die dortige Rolle  
digitaler Elemente . . . . . 165

B. Onlinezugangsgesetz und E-Government-Gesetz . . . . . 168

§ 9 Neue Gesetzgebungsdynamiken seit dem Jahr 2020 . . . . . 170

A. Planungssicherstellungsgesetz . . . . . 171

I. Kontextualisierung und Zielsetzung . . . . . 171

II. Überblick über die Instrumente des PlanSiG . . . . . 172

III. Ergebnisse der Evaluation . . . . . 173

B. Digitalisierungspaket 2023 . . . . . 174

I. Fünftes Gesetz zur Änderung verwaltungsverfahrenrechtlicher  
Vorschriften (5. VwVfGÄndG) . . . . . 175

II. Gesetz zur Beschleunigung von Genehmigungsverfahren im  
Verkehrsbereich: Fachgesetzliche Änderungen in FStrG, AEG  
und WaStrG . . . . . 176

Teil 5: Digitale Öffentlichkeitsbeteiligung de lege lata und  
de lege ferenda . . . . . 179

§ 10 Die Information der Öffentlichkeit über das Vorhaben . . . . . 180

A. Internetbekanntmachung und -auslegung . . . . . 181

I. Die Bekanntmachung der Planauslegung . . . . . 181

1. Digitale Durchführungsformen: Gegenwärtige Rechtslage . . . 181

a) Bereichsspezifische Regelungen einzelner  
Infrastrukturbereiche . . . . . 182

b) Allgemeine Bekanntmachungsform für  
planfeststellungspflichtige Vorhaben nach VwVfG . . . . . 183

aa) Rückblick: Parallele analoge Bekanntmachung nach  
§ 73 Abs. 5 VwVfG i. V. m. ergänzend digitaler  
Bekanntmachung nach § 27a VwVfG a. F. . . . . 183

bb) Digitale Bekanntmachung mit analogen  
Ergänzungsformaten nach § 2 Abs. 1 PlanSiG . . . . . 185

cc) Neuregelung 2023: Parallele digitale und analoge  
Bekanntmachung nach § 73 Abs. 5 VwVfG i. V. m.  
§ 27a VwVfG n. F. . . . . 186

dd) Bewertung der Neuregelung der Bekanntmachungsform nach § 73 Abs. 5 VwVfG i. V.m. § 27a VwVfG n. F. . . . .	187
c) Die zusätzliche Bekanntmachung über das UVP-Portal . . . .	189
2. Möglichkeiten einer rein digitalen Bekanntmachung de lege ferenda . . . . .	191
a) Untauglichkeit von Härtefallklauseln im Rahmen der Bekanntmachung . . . . .	192
b) Erhebliche Belastungen der Betroffenen bei rein digitaler Bekanntmachung . . . . .	192
c) Begrenzte Effizienzpotenziale der Verwaltung . . . . .	193
d) Zwischenfazit: Unverhältnismäßigkeit rein digitaler Bekanntmachungsregelungen . . . . .	194
e) Konsequenzen für die Anwendung von § 15 EGovG (elektronische Verkündungsblätter) bei der Bekanntmachung	194
f) Ausblick . . . . .	196
II. Die Auslegung des Plans . . . . .	198
1. Digitale Durchführungsformen: Gegenwärtige Rechtslage . . . .	198
a) Parallele digitale und analoge Auslegung nach dem Modell des VwVfG . . . . .	198
aa) Auslegungsmodalitäten des VwVfG vor dem Digitalisierungspaket 2023 . . . . .	198
bb) Impulse durch § 3 PlanSiG . . . . .	199
cc) Auslegungsmodalitäten nach § 73 Abs. 3 i. V.m. § 27b VwVfG n. F. . . . .	200
b) Modelle rein digitaler Auslegung mit bedarfsabhängigen anderen Zugangsmöglichkeiten nach NABEG, EnWG, AEG, FStrG und WaStrG . . . . .	202
2. Möglichkeiten einer rein digitalen Auslegung de lege ferenda	203
a) Zulässigkeit rein digitaler Internetauslegung . . . . .	204
b) Vermeidung unbilliger Härten im Einzelfall durch Härtefallklauseln mit materiellen Tatbestandsvoraussetzungen	206
c) Gestaltung von Härtefallregelungen bei rein digitaler Auslegung: Alternative Informationsmedien . . . . .	209
3. Schutz von Betriebs- und Geschäftsgeheimnissen im Rahmen der Internetauslegung . . . . .	211
a) Schutz von Betriebs- und Geschäftsgeheimnissen im Planfeststellungsverfahren . . . . .	212
b) Auswirkungen der spezifischen Gefahren digitaler Auslegung auf den Betriebs- und Geschäftsgeheimnisschutz . . . . .	214

III. Authentizität und Unveränderlichkeit des elektronischen Dokuments . . . . .	216
IV. Fazit: Verhältnis analoger und digitaler Bekanntmachung und Auslegung de lege ferenda . . . . .	218
B. Implementierung von Chatbots in der Öffentlichkeitsbeteiligung . . .	220
I. Chatbots im Planfeststellungsverfahren: Wichtiges Element bürger*innenfreundlicher und effizienter Verwaltung . . . . .	221
II. Rechtliche Anforderungen an Chatbots in der Öffentlichkeitsbeteiligung . . . . .	222
1. Erfordernis einer gesetzlichen Regelung für den Chatboteinsatz	223
a) Grundrechtlich vermittelter Gesetzesvorbehalt . . . . .	223
b) Wesentlichkeitsgrundsatz . . . . .	224
c) Rechtspolitisches Flexibilitätsbedürfnis . . . . .	224
2. Transparenzanforderungen aus der europäischen KI-Verordnung (EU) 2024/1689 . . . . .	225
III. Auswirkungen fehlerhafter Chatbotinformationen auf das Verfahren . . . . .	227
1. Anknüpfung an die Rechtsprechung zur ergänzenden Internetauslegung . . . . .	228
2. Anknüpfung an den Umgang mit fehlerhaften Verwaltungsauskünften nach § 25 Abs. 1 S. 2 VwVfG . . . . .	229
3. Rechtsdogmatische und rechtspolitische Gegenüberstellung der Anknüpfungspunkte . . . . .	232
4. Kompensation fehlender Rechtsfolgen durch Technikgestaltung und Erwartungsmanagement . . . . .	233
IV. Fazit: Chatbotimplementierung de lege ferenda . . . . .	234
C. Verständliche Informationsvermittlung mithilfe von digitalen Planungsmodellierungen (Visualisierungen) . . . . .	235
I. Abbau von Informationsasymmetrien durch neue Darstellungsformen . . . . .	236
1. Potenziale des Einsatzes von Visualisierungen im Planfeststellungsverfahren . . . . .	237
2. Technische Gestaltungsvarianten von Visualisierungen . . . . .	238
3. Status quo des Einsatzes von Visualisierungen in Planungsverfahren . . . . .	240
II. Implementierung von Visualisierungen durch Rechtsregelungen	242
1. Formalisierung des Einsatzes von Visualisierungen . . . . .	243
a) Formalisierte versus informale Verfahrenselemente . . . . .	243
b) Operative Verantwortung des Vorhabenträgers . . . . .	245

c) Zulässigkeit einer Rechtspflicht zur Erstellung von Visualisierungen durch den Vorhabenträger . . . . .	247
2. Qualitätssicherung und Vollzug . . . . .	250
a) Richtigkeitsgewähr und Eindämmung von Manipulationsrisiken . . . . .	251
b) Vollzugsherausforderungen . . . . .	253
3. Phasenadäquate Visualisierungspflichten und Integration von Visualisierungen in die Planungsauslegung . . . . .	254
III. Verfahrensfolgen fehlerhafter Visualisierungen . . . . .	256
1. Heilungsmöglichkeiten . . . . .	257
2. Unbeachtlichkeit . . . . .	257
3. Planergänzung und ergänzendes Verfahren . . . . .	259
4. Zwischenfazit: Einzelfallabhängige Verfahrensfehlerfolgen und Disziplinierungswirkung des Fehlerrisikos . . . . .	259
IV. Fazit: Verständliche Informationsvermittlung durch Visualisierungen de lege ferenda . . . . .	260
<i>§ 11 Einreichung der Einwendungen und Stellungnahmen . . . . .</i>	262
A. Möglichkeiten digitaler Einwendungserhebung . . . . .	263
I. Formanforderungen der Einwendungserhebung . . . . .	263
1. Schriftformerfordernis und digitale Ersetzungsformen nach § 3a Abs. 2, Abs. 3 VwVfG . . . . .	263
a) Grundsatz: Verkörpertes Dokument mit eigenhändiger Unterschrift . . . . .	263
b) Qualifizierte elektronische Signatur . . . . .	264
c) Elektronisches Formular mit elektronischem Identitätsnachweis . . . . .	265
d) De-Mail . . . . .	265
e) Identifizierung über ein Nutzerkonto und Abgabe einer Erklärung mittels Online-Formular über ein Verwaltungsportal nach § 9a OZG . . . . .	266
2. Praktische Probleme der Handhabung elektronischer Ersetzungsformen nach § 3a Abs. 2, Abs. 3 VwVfG . . . . .	267
3. Ermöglichung der Einwendungserhebung „schriftlich oder elektronisch“ de lege lata in einzelnen Infrastrukturbereichen . . . . .	268
II. Sachgerechtigkeit einfacher elektronischer Einwendungsmöglichkeiten . . . . .	269
1. Gründe für die Zurückhaltung hinsichtlich der Verwendung einfacher elektronischer Formen: Funktionen der Schriftform im Planfeststellungsverfahren . . . . .	269

2. Einwendungserhebung durch einfache elektronische Formen:	
Ein sachgerechter Interessenausgleich? . . . . .	271
a) Defizite der E-Mail hinsichtlich der Schriftformfunktionen	
bei der Einwendungserhebung . . . . .	272
aa) Identitätsfunktion . . . . .	272
bb) Beweisfunktion . . . . .	274
cc) Formerfordernis als psychologische Hemmschwelle	
für Falschangaben . . . . .	274
b) Andere einfache elektronische Formen als die E-Mail . . . .	275
III. Fazit: Einwendungserhebung „schriftlich oder elektronisch“	
de lege ferenda . . . . .	275
B. Formenwahl der Bürger*innen bei der Einwendungserhebung . . . .	277
I. Effizienzeinbußen durch Formenwahlfreiheit der Einwender*innen	277
II. Ausgestaltungsmöglichkeiten de lege ferenda . . . . .	279
1. Zulässigkeit der Vorgabe rein digitaler Einwendungserhebung	279
a) Verhältnismäßigkeit ausschließlich digitaler	
Einwendungserhebung . . . . .	280
b) Gestaltung von Härtefallregelungen für die	
Einwendungserhebung . . . . .	281
2. Technisches Gestaltungsermessen der Behörde . . . . .	283
III. Fazit: Mögliche Beschränkungen der Einwendungsformen . . . .	284
§ 12 Erörterungsverfahren . . . . .	285
A. Bekanntmachung des Erörterungstermins . . . . .	286
I. Bekanntmachung des Erörterungstermins de lege lata . . . . .	286
II. Digitale Bekanntmachung des Erörterungstermins de lege ferenda	288
B. Der digitale Erörterungstermin . . . . .	290
I. Bedeutung und Anforderungen des Erörterungstermins:	
„Herzstück“ der Öffentlichkeitsbeteiligung? . . . . .	291
1. Funktionen des Erörterungstermins . . . . .	291
2. Kritik an der praktischen Umsetzung des tradierten physischen	
Erörterungstermins . . . . .	292
3. Anforderungen an den Erörterungstermin aus höherrangigem	
Recht und Konsequenzen für digitale Ersetzungsformen . . . .	293
II. Digitale Durchführungsformen des Erörterungstermins . . . . .	295
1. Die Onlinekonsultation . . . . .	296
2. Videokonferenzen . . . . .	299
III. Ersetzung des Erörterungstermins durch digitale Formate? . . . .	300
1. Kommunikatives Setting: Mündlichkeit und Unmittelbarkeit .	301

2. Fehlender Raum für Vernetzung und Protest bei digitalen Formaten . . . . .	302
3. Teilnehmer*innenzusammensetzung . . . . .	303
4. Qualität der Äußerungen . . . . .	304
5. Kosten- und Aufwandsersparnisse der Verwaltung . . . . .	306
6. Fehleranfälligkeit . . . . .	306
7. Fazit: Auswahlkriterien für das Erörterungsformat . . . . .	307
IV. Ausgestaltungsmöglichkeiten und -empfehlungen . . . . .	309
1. Der physische Erörterungstermin als Grundfall und Soll-Bestimmung . . . . .	309
2. Ermöglichung von Kombinationslösungen . . . . .	310
3. Optimierung von Videokonferenz und Onlinekonsultation de lege ferenda . . . . .	312
4. Regelungsvorschlag . . . . .	313
C. Digitale Mitverfolgungsmöglichkeiten des Erörterungsverfahrens . .	314
I. Effektuierung der Öffentlichkeitsbeteiligung durch erweiterte Mitverfolgungsmöglichkeiten im Erörterungsverfahren . . . . .	315
II. Einsehbarkeit erhobener Einwendungen und Stellungnahmen . .	319
1. Datenschutzrechtliche Zulässigkeit . . . . .	321
a) Zulässigkeitstatbestand nach Art. 6 Abs. 1 UAbs. 1 DSGVO für die Veröffentlichung . . . . .	322
aa) Offenlegung gegenüber der betroffenen Öffentlichkeit .	323
bb) Offenlegung gegenüber der allgemeinen Öffentlichkeit	325
b) Zweckbindung . . . . .	327
aa) Offenlegung für die betroffene Öffentlichkeit . . . . .	327
bb) Offenlegung für die allgemeine Öffentlichkeit . . . . .	328
c) Zwischenfazit: Datenschutzrechtlicher Optionenraum . . . . .	329
2. Beeinträchtigung der Anstoßfunktion und Grundrechte der Einwender*innen . . . . .	330
3. Ausgestaltungsmöglichkeiten . . . . .	331
III. Öffentlich zugängliche Livestreams im Erörterungstermin . . . .	333
1. Grundsatz der Nichtöffentlichkeit des Erörterungstermins (§ 73 Abs. 6 S. 6 i. V. m. § 68 Abs. 1 S. 1 VwVfG) . . . . .	336
a) Unzulässigkeit von Liveübertragungen de lege lata aufgrund des Grundsatzes der Nichtöffentlichkeit . . . . .	336
b) Verfassungsrechtliches Erfordernis der Nichtöffentlichkeit des Erörterungstermins? . . . . .	338
aa) Persönlichkeitsrechte der Einwender*innen . . . . .	339
bb) Grundrechtsschutz durch Verfahren . . . . .	340

c) Erforderliche Neubewertung des Ausgleichs von Informationsinteresse und Schutz von Termin und Beteiligten	342
2. Besondere Gefährdungen durch Bild- und Tonaufnahmen: Verfassungsrechtliche Anforderungen aus Verfahrens- und Persönlichkeitsrechten	343
a) Übertragung der privaten Einwender*innen	344
b) Übertragung der Äußerungen der Mitarbeiter*innen von Behörden, Vorhabenträger und Umweltverbänden	348
3. Datenschutzrechtliche Beschränkungen von Livestreams	350
4. Fazit: Livestreams im Erörterungstermin de lege ferenda	355
<i>§ 13 Realisierungsmöglichkeiten digitaler Öffentlichkeitsbeteiligung über ein einheitliches Planungsportal</i>	357
A. Effektivierung digitaler Öffentlichkeitsbeteiligung durch eine einheitliche Portallösung	357
I. Effektivitäts- und Effizienzvorteile eines föderal einheitlichen Planungsportals	358
II. Gestaltungsanforderungen	360
III. Organisatorische Ausformung des einheitlichen Planungsportals	363
B. Rechtliche Realisierungsmöglichkeiten eines einheitlichen Planungsportals	364
I. Keine Bundeskompetenz für Schaffung und Betrieb eines einheitlichen Planungsportals aus Art. 91c Abs. 5 GG	365
II. Vorgabe der Portalnutzung über Art. 84 f. GG nur für bestimmte Infrastrukturtypen	368
III. Kooperative Umsetzungsformen	369
1. Keine ‚freie‘ Bund-Länder-Kooperation aufgrund sachbeeinflussender Wirkung	369
2. Institutionalisierte Kooperation über Art 91c Abs. 1, Abs. 2 GG	371
IV. Exkurs: Verfassungsreformdiskussionen	372
C. Fazit: Perspektivische Realisierungsmöglichkeiten digitaler Öffentlichkeitsbeteiligung über ein einheitliches Planungsportal	374
Teil 6: Schluss	375
<i>§ 14 Zusammenfassung und Fazit</i>	375
A. Problemkreise digitaler Öffentlichkeitsbeteiligung	375
I. Transformation der Verfahrensstrukturen durch Digitalisierung	375
1. Ziele digitaler Öffentlichkeitsbeteiligung und rechtspolitische Konsequenzen	376

2. Neue digitale Verfahrensformate und die mit ihrer Integration verbundenen rechtlichen Möglichkeiten und Herausforderungen	377
II. Ausschließlich digitale Verfahrensgestaltungen der Öffentlichkeitsbeteiligung . . . . .	381
1. Grenzen ausschließlich digitaler Verfahrensgestaltungen aus höherrangigem Recht . . . . .	381
2. Rein digitale Gestaltungen der einzelnen Verfahrensschritte . .	383
III. Rechtszersplitterung im Bereich der (digitalen) Öffentlichkeitsbeteiligung . . . . .	386
1. Abweichende Verfahrensgestaltungen in Fachplanungsgesetzen und VwVfG je nach Infrastrukturtyp . . . . .	386
2. Kompetenzverteilung zwischen Bund und Ländern als Faktor der Rechtszersplitterung . . . . .	388
3. Technische Gestaltungsvorgaben als besondere Kompetenzproblematik . . . . .	390
IV. Rechtspolitische Differenzierungen bei der Ersetzung traditioneller Verfahrensformate durch digitale Gestaltungen . . .	392
B. Vorgeschlagene Gesetzesänderungen . . . . .	394
C. Fazit und Ausblick . . . . .	397
Literaturverzeichnis . . . . .	403
Sachverzeichnis . . . . .	429